



Ein neues Jahr mit neuen Belastungen

„Ein frohes neues Jahr!“ so wünschen es sich die Menschen in den ersten Tagen des neuen Jahres. So froh ist es für viele nicht, und anderen wird die Vorfreude noch im Jahresverlauf genommen. Nicht daß man den Teufel an die Wand malen wollte, nicht daß man schwarz in schwarz malt, aber die berühmten Spatzen pfeifen es von den Dächern, daß harte Zeiten für die arbeitende Bevölkerung zu erwarten sind.

- Die internationale Lage hat sich durch die weitere Aufrüstung, durch das Erstarken der politischen Reaktion in weiten Teilen der Welt im vergangenen Jahr verschlechtert (Militärputsch in der Türkei, Krieg zwischen Irak und Iran, Nachrüstungsbeschluß der NATO, Bau der Neutronenwaffe und deren Stationierung in Europa, Wahl Reagans in den USA, Nichtratifizierung von SALT II...).
- Mit Beginn des Jahres sind der öffentliche Verkehr, Stromtarife, Heizöl, Benzin, Gas etc. teurer geworden. Und diese Tendenz wird in den nächsten Monaten anhalten. Die Krisenlasten werden per Erhöhung von Gebühren und Steuern auf die breite Bevölkerung abgewälzt.
- Die Konjunktur hat sich abgeschwächt. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen hat die Millionenengrenze überschritten. Kurzarbeit nimmt zu. Die Lohnrunde wird dementsprechend sein. Die Arbeitgeberverbände und ihre Helfer in den Bonner Parteien, Minister und beauftragte Gutachter, der Bundespräsident und Kanzler fordern oder empfehlen „maßvolle Lohnabschlüsse“. Höchsten 2 – 3 % sollen es sein, und dies bei einer Inflationsrate von

5,5 %. Manche Kollegen läübeln mit einer fünf vor dem Komma, doch das bedeutet Reallohnabbau, weniger Kaufkraft und damit weniger Chancen die Konjunktur durch Inlandsnachfrage zu beheben.

- Die Verschuldung der öffentlichen Hand nimmt weiter zu, obwohl (wie in unserem städtischen Haushalt) keine nennenswerten Neuinvestitionen getätigt werden. Der Rotstift hat seine große Zeit. Gestrichen wird bei den Sozial- und Personalausgaben. Die Rüstungsausgaben sind dagegen gestiegen.

„Mut zur Zukunft“ wird uns empfohlen. Andere reden von „Ärmel-hochkrepeln“ und „den Gürtel enger schnallen“. All dies sind dumme Sprüche, die die Tatsache über die Ursa-

chen der Rezession nicht nennen und den Bürgern einsuggerieren, wenn alle in die Hände spucken, kräftig anpacken und bescheidener und sparsamer seien, dann würden wir die Situation schon meistern. So fordert der Ministerpräsident zur „Duldsamkeit“ auf.

Als hätte sich jemals die Lage der arbeitenden Menschen durch Kuschen, Inaktivität oder Untertanengeist verbessert. Ändern im Sinne der breiten Mehrheit von Arbeitern und Angestellten wird sich die Situation nur durch den Kampf um höheren Lohn, um mehr Bildungs- und Berufschancen, gegen Gebührenerhöhungen und Sozialabbau, gegen Rüstungslasten, für Frieden und Abrüstung. Die alte Arbeiterwahrheit wird in Zukunft noch mehr an Bedeutung gewinnen: „Arbeitern wird nichts geschenkt, sie müssen es sich erkämpfen!“. In diesem Kampf, wie im persönlichen Leben, wünschen wir allen „blickpunkt“-Lesern, allen arbeitenden Menschen Erfolg.

Ihre blickpunkt-Redaktion



Silvester im Hüttendorf. Die Menschen der bedrohten Region hielten dieser Zentrale und dem Symbol des gewaltfreien Widerstandes gegen die Startbahn West auch in der Nacht des Jahreswechsels von 1980 auf 1981 die Treue und waren zu Hunderten gekommen. Dicht umlagert war die Hüttenkirche, als Kurt Oeser – Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für Umweltfragen – kurz vor Mitternacht einen von Posaenklängen umrahmten Silvestergottesdienst hielt.

Schon wieder Fahrpreiserhöhungen!

In einer Stellungnahme des BBU (Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz) wird die erneute Fahrpreiserhöhung der Bundesbahn hart kritisiert. Im BBU-Flugblatt heißt es u.a.:

Zum zweiten Mal innerhalb von zehn Monaten erhöht die Deutsche Bundesbahn ihre Fahrpreise. Lag die Erhöhung im März letzten Jahres noch bei durchschnittlich vier Prozent, so will die Bundesbahn dieses Mal erheblich mehr. Nach der ungerechtfertigten Erhöhung des IC-Zuschlages um beinahe das Doppelte schlägt die Bundesbahn nur einen Monat später erneut kräftig zu: Am 15. Januar sollen die Fahrpreise um 8 % in die Höhe getrieben werden! Damit liegt die Erhöhung weit über den Lohnabschlüssen und über der Inflationsrate.

Wir stellen hierzu fest:

- Die Deutsche Bundesbahn nützt ihre Monopolstellung schamlos aus.
- Die Fahrpreiserhöhung ist energie- und umweltpolitisch töricht.
- Fahrgäste, die der Bahn seit Jahren die Treue halten, werden dafür hart bestraft.
- Bürger, die vom Auto auf die Bahn umsteigen wollen, werden verprellt.
- Familien mit normalem Einkommen werden von der Bahn rücksichtslos ausgenommen.

Was tun?

Bisher mußten sich die Bahnbenutzer alles bieten lassen. Dies soll endlich anders werden! Zeigen wir der Bundesbahn, daß wir mit den Fahrpreiserhöhungen nicht einverstanden sind! Fangen wir an, uns dagegen zu wehren:

- Bezahlen Sie am 15. Januar und in den Tagen danach die Fahrkarten erst im Zug mit großen Geldscheinen!
- Äußern Sie auch in anderer Weise Ihre Unzufriedenheit!

Der Verkehrssektor verschlingt ein Fünftel des gesamten Energieverbrauchs in der Bundesrepublik. Der Autoverkehr frißt davon den Löwenanteil von fast 90 %, während der Schienenverkehr nur etwa 5 % benötigt. Jährlich werden im Straßenverkehr die Einwohner einer mittleren Kleinstadt getötet und über eine halbe Million Menschen verletzt. Lärm und Abgase gefährden die Gesundheit der Bürger. Der ungehemmte Auto-

Tornado-Skandal: Den Preis bezahlen wir

Der neueste Waffenschrei der Bundeswehr heißt „Tornado“, ein Düsenkampfflugzeug, an dem sich u.a. auch der Rüstungskonzern MBB dumm und dämlich verdient.

Pro Maschine sollte der Preis ursprünglich 10 Millionen Mark betragen. Der Preis für dieses Waffensystem ist bis heute pro Stück auf 67,36 Millionen Mark angestiegen. Und bis zur Auslieferung der letzten Maschine wird in Bonn mit einem Preis von 110 Millionen Mark gerechnet. Und davon sollen die Steuerzahler der Bundeswehr rund 650 Maschinen finanzieren!

Abgesehen davon, daß die Maschine von hinten bis vorn mit technischen Mängeln behaftet ist – dieses Wunderwerk der Aufrüstung kostet uns alle in den nächsten Jahren eine Stadt voller Krankenhäuser, eine Großstadt voller Kindergärten, kostet einen ganzen Rentenbergr. Dafür zahlen wir mehr Steuern, fahren mit teureren Fahrkarten, verzichten auf Umweltschutz, wissenschaftliche Vorhaben, Schulen, Wohnungen. Wenn Sie so etwas mal fliegen sehen, gucken Sie genau hin – es ist Ihr Geld, Ihre Rente, Ihr sicheres Leben, was da oben rumfliegt!

Was man mit dem Geld für die Rüstung alles machen könnte

1 Panzer „Leopard 2“
= 36 Dreizimmerwohnungen

1 „Trident“-Atom-U-Boot
= 416 Schulen

1 interkontinentale „MX“-Rakete
= 5 Krankenhäuser

1 strategischer Bomber „B 1“
= 16 Krankenhäuser

1 F-14-Jagdflugzeug
= 9 Schulen

1 Flugzeugträger
= 90.000 Wohnungen

verkehr zerstört die Städte und Landschaften.

Die Bundesbahn verursacht im Vergleich mit dem Auto weit weniger Umweltprobleme. Unter diesen Umständen die Fahrpreise zu erhöhen, ist energie- und umweltpolitisch verantwortungslos. Das Umsteigen vom Auto auf die Bahn wird hierdurch erschwert.

Die Bundesbahn dient als Stütze eines umweltfreundlichen Verkehrssystems den Interessen der Allgemeinheit. Sie muß deshalb von der Bundesregierung stärker gefördert werden. Im übrigen können Fahrpreiserhöhungen niemals das sogenannte Defizit der Bundesbahn beseitigen. Verglichen mit den Folgekosten des Autoverkehrs schneidet die Bahn zehnmal besser ab.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert daher:

- Rücknahme der überzogenen Fahrpreiserhöhungen
- Abschaffung des IC-Zuschlags. Die Deutsche Bundesbahn muß ein preiswertes und bürgerfreundliches Verkehrsmittel werden!



Startbahn West ist keine Klammer für vier Jahre

Die Mehrzahl der Startbahngegner spürt, daß die drei Parteien im Hessischen Landtag, SPD, CDU und FDP in dieser Frage nicht auf die Bürgermeinung hören. Man überlegt sich mit Recht, wie man diesen drei Parteien über das bereits geschehene (Resolutionen, Demonstrationen, Versammlungen usw.) entgegen treten kann. Diese Frage ist verständlich und berechtigt und wenn auch die örtlichen Gruppen dieser Parteien aktiv auf Seiten der Startbahngegner stehen, so empfindet doch ein Großteil der Bevölkerung, daß man auch bei der Kommunalwahl im März diesen Jahres, diese drei im Landtag vertretenen Parteien, nicht wählen dürfe, damit Börner, Karry und Wallmann diese Stimmen nicht als Sympathie für ihre waldvernichtenden Pläne verbuchen können.

Inzwischen wurde eine Wählerinitiative (Alternativliste) gebildet, die sich aus ausgetretenen ehemaligen Mitgliedern der SPD, FDP und CDU, aber auch aus Vertretern der Grünen und aus Sympathisanten zum KBW sowie aus Parteilosens zusammensetzt.

Die DKP hat zur Gründung dieser Wählerinitiative klipp und klar gesagt, daß sie gegen die Bildung einer solchen Wählerinitiative ist, da hierdurch die breite und starke Kraft der Bürgerinitiative geschwächt würde. Viele Bürger würden schon allein durch den Namen Wählerinitiative getäuscht werden, da eine sehr starke Ähnlichkeit mit dem Namen Bürgerinitiative besteht.

Die DKP hat zum Ausdruck gebracht, daß mit der Bildung einer solchen Wählerliste der Keim der Spaltung gelegt wäre, da im Wahlkampf „Mitkämpfer“ zu „Konkurrenten“ würden.

Die Breite der Bürgerbewegung von links bis rechts ist für die Bürgerinitiative, wo es nur um die Verhinderung der Startbahn West geht, von großem Vorteil. Die gleiche Bandbreite jedoch in einer Wählerinitiative unterzubringen, ein Wahlprogramm aufzustellen, das der Mehrzahl der Bevölkerung nützt, und vier Jahre Kommunalpolitik damit zu betreiben, das ist unserer Meinung nach unmöglich. In einer solchen Stadtverordnetenfraktion, in der ausgetretene CDU-Mitglieder, ehemalige FDP-Abgeordnete und frühere SPD-Stadtverordnete, sowie Mitglieder der Grünen und noch Sympathisanten des KBW mit Partei-

losen in einer Reihe sitzen würden, käme zu den meisten kommunalpolitischen Themen keine Einigung, oder nur ein schwacher Kompromiß zustande, der für die Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung nicht von Nutzen wäre. Grundsätzlichen politischen, den Landtags- und Bundestagsparteien an den Nerv gehende Fragen, müßte diese Wählerinitiative aus dem Wege gehen, um nicht in innerfraktionelle Schwierigkeiten zu geraten.

Man muß sich fragen, wie würde eine solche Wählerinitiative sich bei zukünftigen Belastungen der Bevölkerung, bei Gebühren- und Beitragserhöhungen, verhalten?

Es ist nicht zu erwarten, daß Angehörige dieser Fraktion, die noch vor einigen Wochen Mitglieder der CDU-, FDP- und SPD-Fraktion waren, und dort für die Belastung der Bevölkerung, für höhere Gebühren, Beiträge und Steuern gestimmt haben, nun plötzlich ihre Meinung in dieser Frage geändert hätten.

Die einzige politische Kraft in unserer Stadt, die bereits seit 1968 also zwölfeinhalb Jahre, im Parlament bei allen Entscheidungen sich die Frage gestellt hat, dient das der Mehrzahl unserer Bürger, nämlich der arbeitenden Bevölkerung, ist die DKP.

Die breite Bürgerbewegung unter der Bürgerinitiative (BI) darf nicht geschwächt werden, immer mehr Menschen müssen sich anschließen, immer mehr Bürger müssen jetzt und in den nächsten Wochen und Monaten bereit sein, in dieser Bewegung mitzuziehen.

Aus 15.000 Demonstranten müssen 30.000 werden, dann werden wir unser gemeinsames Ziel, die Verhinderung der waldvernichtenden Startbahn West erreichen. Die DKP und ihre Mitglieder und Anhänger werden, wie seither, in dieser Bewegung mitarbeiten und dafür ihre ganze Kraft einsetzen. Alle anderen Pläne, auch die Bildung einer Wählerinitiative, werden die Bewegung schwächen und dienen letztendlich nicht der gemeinsamen Sache. Die DKP hat sich als konstruktive Opposition, aber auch als Aufpasser bei Umweltfragen und, wenn es darum ging, Belastungen von dem Bürger fernzuhalten, bewährt und muß gestärkt ins Parlament einziehen. Ihre Kandidatenliste für die Kommunalwahl am 22. März 81 ist für parteilose Bürger offen. Eine Mitwirkung weiterer aktiver Startbahngegner würde dieser Liste noch mehr Durchschlagskraft und Attraktivität verleihen.

Heinz Hechler



Neben vielen großen und kleinen Hütten gibt es im Widerstandsdorf auch einen bemalten Wohnwagen, das „Waldbüro“ der außerparlamentarischen DKP-Fraktion. Auf dem Foto, die drei zurückgetretenen DKP-Stadtverordneten.

FAG-Profitinteresse vor Bürgerinteresse

Claus und Christa Schurig, Mörfelden-Walldorf, Berliner Str. 22, sandten uns ein Schreiben und den Briefverkehr, den sie mit der FAG führten. Aus einer beigelegten Aufstellung, die wir abdrucken, geht hervor, daß vor allem der westliche Stadtteil Mörfeldens unter starkem Fluglärm zu leiden hat. Im Brief der Familie Schurig heißt es u.a.:

Um genaue Werte über die Lärmereignisse in Mörfelden-West zu erhalten, führen wir seit etwas mehr als einem Jahr Aufzeichnungen, die sich mit denen der Fluglärmbeschwerdestelle der FAG decken. Nach mehreren offiziellen Beschwerden unsererseits und parallel laufender Stellungnahme der Stadtverwaltung Mörfelden-Walldorf an die FAG, wurde die Abflugroute durch die Bundesanstalt für Flugsicherung am 1.8.79 geändert.

Seitens der FAG wurde nicht versäumt, die „bürgerfreundliche Maßnahme“ in der Presse publik zu machen. Kurz darauf wurde diese Änderung jedoch wieder stillschweigend zurückgenommen, wie wir von einem im Stadtteil Walldorf wohnenden Piloten erfuhren.

Somit ist alles „in alter Ordnung“ und die betroffenen Bürger sind weiterhin der Willkür einzelner Piloten ausgesetzt.

Diese „Ausschießer“ werden vom Lärmschutzbeauftragten des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik, H. Held, als normal eingestuft und mit der Begründung: „Es ist dem verantwortlichen Luftfahrzeugführer kein Vorwurf zu machen“, in Schutz genommen.

Da bleiben noch die Fragen offen: Welches Ausmaß an Lärmbelastigung werden die Bürger rund um den Flughafen in Zukunft widerstandslos hinnehmen müssen?

Gelten für den Betrieb des Rhein-Main-Flughafens eigens geschaffene Lärmschutzgesetze?

Rangieren die „Profit-Interessen eines Großbetriebes“ und die „vermeintliche Arbeitsplatzsicherung der FAG“ vor den Interessen der ruhesuchenden Bürger, besonders der älteren Mitmenschen und Kleinkinder?

Wir möchten Sie in Ihren Bemühungen, weitere Beeinträchtigungen unseres Lebensraumes zu verhindern, unterstützen und übersenden Ihnen unsere Aufzeichnungen.



Streng schaute der Weihnachtsmann auf der DKP-Großtafel in der Westendstraße. Kein Wunder, mit der Rute in der Hand sucht er nach Herbert Karry.

Keine Meinungsfreiheit auf dem Flughafen

Die übergroße Mehrheit der Bürger unserer Stadt ist gegen die Startbahn West und sie sagen es offen.

Aber es gibt auch Bürger, die außerordentlich zurückhaltend sind. Dies hat Gründe. Viele von denen, die sich zurückhalten, sind am Flughafen beschäftigt und sagen nur unter vorgehaltener Hand, daß sie auch gegen die dritte Startbahn sind. Mancher glaubt sich nur deshalb nicht bekennen zu dürfen, weil der Sohn oder der Vater bei der FAG arbeitet. Die Angst um den Arbeitsplatz ist groß. Man hat Angst, daß man ihn verliert, weil man eine andere Meinung wie die Geschäftsleitung hat und diese auch noch äußert.

Der Druck, dem die Kolleginnen und Kollegen, die auf dem Flughafen arbeiten, ausgesetzt sind, ist tatsächlich groß. Bei der Betriebsversammlung auf dem Flughafen ist es zum Beispiel üblich, daß vorn die Geschäftsleitung sitzt. Wenn man da bei einer Resolution für die Startbahn West dagegen stimmt, wird man genau beobachtet und registriert. Letzthin wollte die FAG-Geschäftsleitung den Beschäftigten sogar das Tragen des gelben Ansteckers der Bürgerinitiative verbieten. Soweit gehen die Herren der FAG. Je stärker die Bewegung gegen die Startbahn West wird, um so besser werden sich die Flughafen-Beschäftigten in die Abwehrfront einreihen können.

Lärmereignisse über Mörfelden-West *)

14.06.79	22.44 Uhr	93 dB(A)	offizielle Beschwerde
25.06.79	22.42 Uhr	81,2 dB(A)	offizielle Beschwerde
12.07.79	22.11 Uhr	76,8 dB(A)	
15.07.79	12.50 Uhr	81 dB(A)	
15.07.79	14.28 Uhr	88,5 dB(A)	offizielle Beschwerde
30.11.79	22.46 Uhr	90 dB(A)	offizielle Beschwerde
01.12.79	9.47 Uhr	Fensterscheiben vibrierten beängstigend, Lärmereignis bisher in diesem Ausmaß noch nicht vorgekommen.	
03.12.79		81 dB(A)	heutiger durchschnittlicher Schallpegel
14.12.79	22.34 Uhr	90 dB(A)	
27.03.80	22.09 Uhr	90 dB(A)	offizielle Beschwerde
12.07.80	22.08 Uhr	86 dB(A)	offizielle Beschwerde
24.07.80	20.53 Uhr	86,9 dB(A)	
05.08.80	21.46 Uhr	85 dB(A)	offizielle Beschwerde
13.09.80	22.07 Uhr	84 dB(A)	

*) Nicht aufgeführt sind Lärmereignisse, die lt. Fluglärmbeschwerdestelle des Rhein-Main-Flughafens als Sicherheitsabflüge deklariert wurden.

Was will die FAG mit 700 Hektar Wald?

In einer Aufrechnung der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung wird deutlich, wie weit der Ausverkauf unserer Heimat schon gediehen ist:

„Flörsheim hat dem Verkauf von 211 ha Wald zugestimmt. Von Bischofsheim will die FAG 374 ha Wald kaufen. Von Rüsselsheim benötigt die FAG 98 ha Wald für den südlichen Teil der Startbahn. Was will die FAG mit fast 700 ha Wald?

Für die Startbahn West und die Verlegung der RWE-Trasse werden nach Angaben der FAG ca. 250 ha, nach Berechnungen der Bürgerinitiative ca. 450 ha gebraucht. Die FAG aber streckt die Hände nach fast 700 ha Wald aus!

Wir fragen die FAG und die Landesregierung:

Wozu dient dieser riesige Waldaufkauf? Gibt es noch weitere Ausbaupläne über die Startbahn West hinaus? Was habt Ihr mit unserer Heimat vor?“

Wer die Praktiken der Großkonzerne kennt, weiß, daß sie sich, oft auch unter der Hand, vor allem in den Ballungsgebieten große Flächen sichern. Man hat dann Gelände, kann damit spekulieren. (So besitzt die Farbwerke Hoechst in der Kelsterbacher Gemarkung viele Hektar Land.) Bei der FAG muß man im übrigen auf alles gefaßt sein. Ihre Planungen gehen mit Sicherheit über die Startbahn/West hinaus. Ein großer nationaler Flughafen, mitten in einem industriellen Ballungsgebiet, wird angestrebt. Ein neues Terminal in der Nähe des Mönchhofdreiecks wäre verkehrsmäßig bestens erschlossen. Ausverkauf der Landschaft? Das interessiert diese Planer am wenigsten — Hauptsache, der Profit stimmt.

DKP-Kommunalwahlprogramm liegt vor

Die DKP-Mörfelden-Walldorf hat den Entwurf ihres Kommunalwahlprogrammes vorgelegt.

Dieses Programm wurde in einer kleinen Auflage gedruckt. Interessenten können es bei den Mitgliedern der DKP in Mörfelden-Walldorf erhalten. Die DKP ist für Hinweise, die zur Verbesserung führen, dankbar.

US-Air-Base schrittweise auflösen!

In den Kampf gegen die geplante Startbahn West wird immer stärker die US-Air-Base in die Diskussion einbezogen.

Die US-Army hält 363 Hektar des Flughafenterritoriums in Beschlag, welches zivilen Zwecken nutzbar gemacht werden könnte. Ein Ausnutzen dieser Fläche durch die FAG hätte mit Sicherheit eine nicht unbedeutende Kapazitätserweiterung des Rhein-Main-Flughafens zur Folge.

- Unnötige Kreuzungen auf den bestehenden Start- und Landebahnen könnten durch bessere Abrollwege vermieden werden.
- Bis zu 12 % der Flugbewegungen von Militärflugzeugen würden entfallen.
- Eine neue Start- und Landebahn für Kleinflugzeuge, die eine Bahn bis 1200 Meter Länge benötigen, könnte evtl. auf diesem Gelände gebaut werden, so daß die bereits bestehenden Bahnen voll den Großflugzeugen zur Verfügung stehen würden.

Ein mindestens ebenso wichtiger Aspekt ist bei der Forderung nach einem Abzug der Amerikaner vom Rhein-Main-Flughafen zu beachten:

Die Menschheit kann ihre globalen Probleme nur dann lösen, wenn es gelingt, den Frieden zu erhalten — ihn zu sichern und Mittel, die heute in der Rüstung gebunden sind, für soziale und friedliche Zwecke zu verwenden.

Dies trifft besonders für die Bundesrepublik und damit natürlich auch für den Kreis Groß-Gerau zu.

Nicht nur im Kriegsfall stellt der militärische Bereich des Frankfurter Flughafens und seine Nebeneinrichtungen, wie das Munitions-Depot, eine permanente Gefahr für die Bevölkerung unseres Kreises dar:

- Es gibt heute keinerlei Informationen darüber, welche Waffen im Munitionslager des US-Militärs im Langener Oberwald gelagert werden. Es gibt keine überprüfbaren Sicherheitskontrollen und wer jüngste Zeitungsmeldungen über die unverantwortliche Lagerung von ABC-Waffen in den USA verfolgte (die Chemikalien wurden dort in rostigen Fässern gelagert), der weiß, welche eine Gefahrenquelle hier vor unserer Haustür besteht.
- Die Wohnungsnot in den Städten und Gemeinden rund um den Flughafen ist schon sprichwörtlich, ebenso die hohen Mieten und Grundstückspreise. Durch den Abzug der US-Army und damit der Auflösung der Frankfurter Kasernen und dem Wegzug der privat wohnenden US-Bürger würde der Wohnungsmarkt erheblich entlastet.
- Mit Auflösung der US-Air-Base würden viele Truppenbewegungen sowie ein Großteil des Militärverkehrs auf der Straße überflüssig werden. Dies hätte eine erhebliche Entlastung der Bevölkerung zur Folge. Damit verbunden ist ebenfalls die Auflösung der Rüsselsheimer Kaserne der US-Army und die Beseitigung des Übungsgeländes an der Knoblochsaue im Ried.

Die Diskussion über die Auflösung der US-Air-Base muß weiter gehen, auch wenn dies die im Landtag vertretenen Parteien nicht wollen.

Die Erhaltung des Friedens ist ein zu wichtiges Thema, um es auszuklammern. Ausserdem: Es bietet sich direkt an, mit dem Abzug der Amerikaner die geplante Startbahn West überflüssig zu machen und noch was für den Frieden zu tun.

Karl Heinz Hechler



Weihnachten im Walldorf. Die DKP-Mörfelden-Walldorf hatte für alle Waldbewohner Bücher mitgebracht.

Grund zur Zuversicht?

Die Frankfurter Rundschau schrieb in der Silvesterausgabe über die gigantischen Rüstungskosten und nennt dabei Zahlen, die erschrecken. In der Meldung aus Washington ist zu lesen, daß allein im Jahre 1978 die Ausgaben für Rüstung in den USA 308 Milliarden Mark und in der UdSSR 216 Milliarden Mark betragen. Es wird weiter berichtet, daß seit dem Ende des zweiten Weltkrieges für militärische Zwecke, insgesamt 20.000 Milliarden Mark (eine 2 mit 13 Nullen) ausgegeben wurden.

Nach den Plänen der Amerikaner, insbesondere der neuen Reagan-Regierung, aber auch der NATO mit dem Mustermitglied Bundesrepublik Deutschland, sollen die Rüstungsausgaben im vor uns liegenden Jahrzehnt noch gewaltiger steigen. In der BRD und in Westeuropa will man neue Atomraketen, auch mit Zustimmung der SPD und der Bonner Regierung, stationieren.

Der überwiegende Teil der Bevölkerung dieser Erde denkt aber anders und wünscht sich eine Politik der Entspannung und eine friedliche Entwicklung. Niemand hat größere Vorteile von einem gesicherten Frieden, niemand hat die Folgen militärischer Konflikte so zu fürchten, wie die einfachen Menschen. Wenn auch Bundeskanzler Schmidt in seiner Neujahrs-Ansprache meint, wir hätten trotz alledem Grund zur Zuversicht, so ist doch festzustellen, daß man einem Jahrzehnt nicht zuversichtlich entgegensehen kann, indem das Wettrüsten erneut kräftig entfacht wird. Höhere Rüstung bringt nicht mehr Sicherheit, sondern erhöhtes Kriegsrisiko und größere Belastungen für die Bevölkerung in Ost und West.

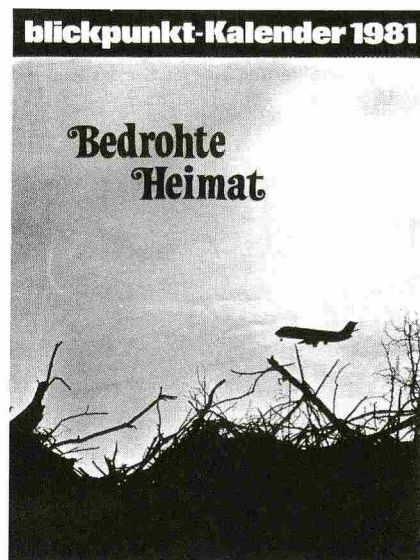
Jetzt muß es darum gehen, das Wettrüsten zu beenden und sich um weltweite Abrüstung zu bemühen. Dies meinte auch dieser Tage der Vorsitzende der schwedischen Sozialdemokraten und er sagte weiter: „Von Bedeutung für den Kampf um den Frieden und gegen die Gefahr eines neuen Weltkrieges sei die Mobilisierung einer breiten Öffentlichkeit“. Worte, denen man nichts hinzuzufügen hat, die wir aber auch von unserem Bundeskanzler erwartet hätten.

Dagegen fordern Helmut Schmidt und andere Politiker der Bonner Regierung von der Bevölkerung Verständnis für immer neue Kürzungen und Spar-

maßnahmen. So lange sich unsere Regierung nicht gegen den, von den USA verordneten, höheren Rüstungsbeitrag zur Wehr setzt, solange unsere Regierung zuläßt, daß die politisch und wirtschaftlich Mächtigen auf dem Rücken des kleinen Mannes ihre Konten und ihre Macht sichern, solange kann Helmut Schmidt kein Verständnis von der arbeitenden Bevölkerung erwarten. Frieden, Entspannung, Abrüstung lautet die Losung für die achtziger Jahre. Damit werden die Mittel frei, die so notwendig auch in den Städten und Gemeinden, für wichtige Aufgaben im sozialen Bereich, der Bildung, dem Umweltschutz, der Gesundheitsfür- und -vorsorge und der Stadtanierungen benötigt werden. Damit, und nicht durch höhere Rüstung, werden Arbeitsplätze geschaffen und die bestehenden erhalten.

Zu erreichen ist eine solche Entwicklung jedoch nur, wenn die Bevölkerung einmütig dafür eintritt und zwar so, wie sie zum Beispiel in unserer Region einmütig und geschlossen gegen die waldverschlingende Startbahn West eintritt.

Heinz Hechler



Noch sind einige „blickpunkt“-Kalender in den Buchhandlungen und bei den Mitgliedern der DKP erhältlich. Vor allem die „blickpunkt“-Kalender-Sammler sollten die Gelegenheit nutzen, für DM 6,- diesen schönen Heimatkalender zu erstehen.

Bessere Schallisolation für die Stadthalle in Walldorf

Die außerparlamentarische Fraktion der DKP stellte den Antrag, daß in der Stadthalle Walldorf versucht wird, eine bessere Schallisolation zwischen den einzelnen Räumen einzubauen. Eine Veranstaltung am 19. Dezember 1980 auf der Empore wurde akustisch durch eine Veranstaltung im Erdgeschoß so gestört, daß zeitweise kein Wort zu verstehen war.



Schwarzer Humor

Die letzte Stadtverordnetenversammlung Ende Dezember war ein Kuriosum. Das Parlament war durch die Rücktritte der SPD- und DKP-Fraktionen aus Protest gegen den noch immer geplanten Bau der Startbahn West auf 17 CDU-Stadtverordnete geschrumpft. Die DKP-Fraktion saß mit Transparenten, die die CDU-Parlamentarier aufforderten, ebenfalls ihr Mandat niederzulegen, auf den Zuschauerstühlen. Ebenso viele ehemalige SPD-Stadtverordnete sahen der Prozedur der Bestimmung eines Alterspräsidenten und der Wahl eines neuen Stadtverordnetenvorstehers amüsiert zu. Der Nachtragshaushalt 1980 und der Haushalt 1981 wurden in Rekordzeit abgehandelt. CDU-Fraktionsvorsitzender Jung begründete in seiner Haushaltsrede, daß seine Fraktion keine Anträge zum Etat gestellt hätte, daß sie „ohne Änderung eines Kommas“ dem Haushalt zustimme. Da fragt man sich doch als Bürger dieser Stadt, warum man dann verschiedene Parteien hat? Oder hat die CDU-Fraktion keine kommunalpolitischen Zielvorstellungen? Daß sie nicht für einen Kinderhort in Walldorf ist, daß sie gegen die Einrichtung einer Kinderkrippe ist, daß sie die Jugendzentren nicht mit Wohlwollen betrachtet, das ist uns seit Jahren bekannt. Daß sie aber auch mit der Zustimmung zum Haushalt für die Heraufsetzung der Eintrittspreise für kulturelle Veranstaltungen ist, daß sie für die Kürzung des Haushaltsansatzes für „Stadterhaltung und Denkmalschutz“ ist, daß sie für den Druck einer „Grünbroschüre“ (in der sich der Bürgermeister und die Rathauspartei werbend zur Kommunalwahl darstellen) ist, daß sie den Betrag von ganzen 60.000 Mark für den sozialen Wohnungsbau in dieser Stadt als ausreichend ansieht, dies war verwunderlich. Ihre sozialpolitischen Sprüche sind also nur Demagogie!

Zum Schluß geschah noch eine Einmaligkeit: Zum Jahreschluß war es üblich, daß der Stadtverordnetenvorsteher die Parlamentarier zum Umtrunk einlud. Heuer lud er auch die zahlreichen Zuschauer ein. So kamen auch die CDU-Parlamentarier-Ehefrauen auf ihre Kosten. Dies ist auch ein Weg, die Verfügungsmittel unter die Leute zu bringen.



Mörfelden **gestern**

Die dicke Eiche („die dick Aasch“, so wurde sie von den Mörfeldern genannt) steht seit einigen Jahrzehnten nicht mehr. Sie war in ihrer Glanzzeit ein Prachtbaum. Ihr Durchmesser betrug im unteren Bereich nahezu 3 Meter und wenn sich sieben Personen die Hände gaben, konnten sie den Stamm gerade so umfassen. Sie stand im Groß-Gerauer Wald und war ein beliebtes Ausflugsziel.

Würde sie heute im Bereich der geplanten Startbahn/West stehen, wäre sie ebenso gefährdet wie weitere drei Millionen ihrer Artgenossen.



Zupfgeigenhansel

**Die bekannteste Volksliedergruppe der
Bundesrepublik in Mörfelden**

**Freitag, 23. Januar 1981
20 Uhr, Bürgerhaus**

Eintritt: Vorverkauf DM 5,—, Abendkasse DM 7,—

Karten bei den bekannten Vorverkaufsstellen in Mörfelden und Walldorf und bei allen Mitgliedern der DKP in unserer Stadt.

Telefonische Bestellung: DKP-Kreisbüro (0 61 42) 122 98

Ein unvergeßlicher Abend

Nach langen Bemühungen konnte die DKP-Mörfelden-Walldorf die bekannteste Folklore-Gruppe der Bundesrepublik „Zupfgeigenhansel“ für Mörfelden verpflichten.

Neben Thomas Friz und Erich Schmekenbecher, den beiden eigentlichen Zupfgeigenhansel, werden Lutz Berger (Geige) und Bruno Brandenberger

(Kontrabaß) mit von der Partie sein. Die Zupfgeigenhansel haben sich in die allererste Reihe der Liedersänger unserer Sprache gespielt. Darüber gibt der Erfolg ihrer bisherigen LP's ebenso Aufschluß, wie beispielsweise die Tournee im Herbst 1980, die sie 30 Tage lang durch die größten Konzerthäuser des Bundesgebiets führte.

Neben ihren Schallplatten haben sie ein großes Liederbuch herausgegeben, sie traten oft im Fernsehen auf, hatten Gastspiele im Ausland und erhielten den begehrten Schallplattenpreis „Künstler des Jahres 1978“.

Das Zupfgeigen-Konzert im Bürgerhaus verspricht ein unvergeßlicher Abend zu werden.